

http://www.faz.net/-gzi-135v2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

# Frankfurter Allgemeine Rhein-Main

Aktuell Rhein-Main Region

Schule

## Gebannter Blick aufs Neubaugebiet

08.07.2009 · Das hessische Kultusministerium will in Usingen vier Grundschulklassen auf drei umverteilen - mit jeweils 28 Schülern. Die Zusammenlegung sorgt für Protest bei den Eltern.

Von BERNHARD BIENER, HOCHTAUNUSKREIS

Artikel

**D**rei mal 28 ist 84. Vier mal 21 aber auch. Soviel Plutimikation muss sein, selbst an der Astrid-Lindgren-Schule. Pippi Langstrumpf wäre die Gleichung vermutlich völlig egal, nicht aber dem hessischen Kultusministerium. Das weiß nämlich, dass man für drei Klassen einen Lehrer weniger braucht als für vier. Und sagt deshalb, die Kinder aus den bisher vier ersten Klassen der Grundschule in Usingen könnten mit Beginn des nächsten Schuljahres auf drei Klassen verteilt werden.



© F.A.Z. - DANIEL PILAR

Um sie geht es: Schüler der Klasse 2 der Astrid Lindgren Schule in Usingen

Statt 21 Kindern säßen dann 28 in jeder Klasse, was die bisher zulässige Zahl ist. Eigentlich sollten es zwar auch bisher höchstens 25 sein, aber die sogenannte Sternchen-Regelung lässt drei zusätzliche Schüler zu. Künftig will Hessen die Obergrenze von 25 Schülern in den ersten Klassen strikt einhalten. Für die schon eingeschulten Kinder gilt allerdings noch die bisherige Klausel.

### Weitere Artikel

Schulbesuch illegaler Zuwanderer: Kultusministerin verärgert CDU

Schulpolitik: Abgelehnte Schüler und verzweifelte Eltern

Unerfüllte Schulwünsche

### Wenn Schüler zuziehen, müssten Klassen wieder aufgeteilt werden

Die Zusammenlegung der Grundschulklassen sorgt für Protest bei den Eltern. In der Grundschule an der Wiesenau in Neu-Anspach zum Beispiel sollen ebenfalls aus vier ersten Klassen drei zweite werden. Während eine davon als Integrationsklasse nur 20 Schüler haben darf, entstünden zwei Klassen mit je 27 Schülern. Auch an Grundschulen in Bad Vilbel, in Herbstein im Vogelsberg, in Linsengericht, Schöneck-Kilianstädten, Butzbach oder Limburg sollen nach Informationen von Susanne Weinreich, Elternbeiratsvorsitzende der Astrid-Lindgren-Schule, Klassen neu strukturiert werden.

An der Usinger Grundschule haben am Montag vor dem Unterricht 150 Kinder mit ihren Eltern und den Lehrern gegen die Pläne protestiert. Denn dort sorgen sich die Eltern nicht nur wegen des ersten Schritts, mit dem sich ihre Kinder im nächsten Schuljahr mit neuen Mitschülern in größeren Klassen arrangieren müssen. Sie fürchten zugleich den zweiten: Kommt nur ein Schüler im Lauf des Schuljahres in die zweiten Klassen hinzu, wäre die Höchstgrenze von 28 überschritten und zum nächsten Schuljahreswechsel würden die Klassen ein weiteres Mal aufgeteilt.

Weinreich hält diesen Fall für wahrscheinlich, wird doch in Usingen gerade das Neubaugebiet Schleibach II bezogen. „Dort sind 60 Bauanträge gestellt“, sagt die Elternsprecherin. Auch Neu-Anspach ist bisher eine Zuzugsgemeinde, so dass dort ähnliche Sorgen herrschen. Den Ärger bekommt vor allem Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) ab. Schon im Koalitionsvertrag hatten CDU und FDP festgehalten, dass die Eingangsklassen der Grundschulen vom nächsten Schuljahr an nur noch 25 Schüler haben sollen. Die Eltern der heutigen Schulkinder haben das Gefühl, ihre Kinder müssten mit den Zusammenlegungen dieses Versprechen ausbaden, weil genügend Lehrer fehlen.

Mit einem offenen Brief haben die Elternbeiräte der Astrid-Lindgren-Schule an Henzler appelliert, der Kreiselternbeirat hat sich solidarisch erklärt und am Montag hat der Kreistag einen Dringlichkeitsantrag von CDU, FDP und FWG beschlossen, der auf Einhaltung der vorgesehenen Klassengrößen drängt. Ein strikter formulierter Antrag der Linken, der ausdrücklich die Rücknahme der geplanten Zusammenlegungen forderte, fand trotz der Zustimmung von SPD und Grünen keine Mehrheit. Der Leiter des Staatlichen Schulamts, Günter Donath, bezeichnete die Astrid-Lindgren-Schule angesichts des einen fehlenden Schülers als echten Grenzfall. Er hoffe, dass sich ein Zuzug in das Neubaugebiet noch rechtzeitig konkretisiere. „Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen“, versicherte Donath. Das Kultusministerium teilte lediglich mit, man bemühe sich um eine einvernehmliche Lösung mit den Schulen und die Einzelfälle würden derzeit intensiv geprüft. Die Entscheidung erfolge in Kürze.

Quelle: F.A.Z.

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

---

**Frankfurter Allgemeine**  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

---

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2012  
Alle Rechte vorbehalten.